

Presse in Tibet: Zensur als Normalität



Hoffnung Internet: Trotz Gleichschaltung der Medien in China ist Zensur im Internet schwieriger.

Von Pressefreiheit konnte in den letzten Jahrzehnten in Tibet keine Rede sein. Das in London ansässige Tibet Information Network (TIN) veröffentlichte jüngst Aussagen von ehemaligen Medienvertretern Tibets, die einhellig von Repression, Kontrolle und schließlich Selbstzensur berichten. In all dem klingt immer wieder der gleiche Tenor an: Die Kommunistische Partei und die Regierung üben Kontrolle aus über die Auswahl der Informationen, den Inhalt von Meldungen und Berichten sowie deren Verbreitung in Tibet.

Die offizielle Presse kann weitgehend als „Sprachrohr der Partei“ bezeichnet werden. Sie steht im Dienste der Partei, wird von ihr gesteuert und manipuliert und verbreitet deren Ideologien und politische Ansichten. Regionale Zeitungen wie Tibet Daily oder Qinghai Daily haben ein Redaktionskomitee, das Weisung direkt von der Partei erhält und die wesentlichen Entscheidungen über Auswahl und Darstellung der Themen trifft. Reporter werden angewiesen, gemäß der Vorgaben zu schreiben. Die Artikel durchlaufen dann mehrere Kontrollebenen. Authentische, expressive Berichte aus Tibet in tibetischer Sprache mit Inhalten, die die bedrohte Kultur fördern oder bewahren wollen, werden beschnitten. Überhaupt gibt es für jede Art von Berichten, die von den Interessen der Partei abweichen und die der Idee von einem einheitlichen China widersprechen, wenig Raum. Heikle politische Themen wie Proteste von Tibetern werden unter den Teppich gekehrt. Zum Alltag vieler Redakteure gehören regelmäßige politische Schulungen, in denen die Leitlinien der Politik anhand

von Partei-Dokumenten und Reden führender Politiker studiert werden. Zensur wird in den offiziellen Medien wie selbstverständlich ausgeübt. Zensur wird zur Normalität, setzt sich in den Köpfen fest, bis sie kaum noch wahrgenommen wird und sich selbstständig.

Wer in den Medien Karriere machen will, muß Mitglied der Kommunistischen Partei sein. Parteimitglieder erhalten höhere Gehälter und werden schneller befördert. Diejenigen, die dem Druck nicht standhalten, verlassen die offiziellen Medien, wenn sie nicht schon Verbote mit bis zu meh-

ren Jahren Gefängnisstrafe für „linienuntreue“ Veröffentlichungen haben hinnehmen müssen. Journalisten, die nicht im Einklang mit den offiziellen Vorgaben schreiben, leben gefährlich. Einschüchterung, zeitweilige Inhaftierung bis hin zu langen Gefängnisstrafen können die Konsequenz sein. Menschen sind sogar ins Gefängnis gewandert, weil sie nur Graffitis für die Unabhängigkeit Tibets gesprüht oder „anti-chinesische“ Poster aufgehängt haben. In dieser Hinsicht hat sich die Lage seit den frühen 80er Jahren in Tibet zunehmend verschlechtert.

Die Mehrheit der Berichte erscheint auf Chinesisch, nur ein geringer Teil der Artikel auf Tibetisch. Hinzu kommt noch, daß der Großteil der auf Tibetisch publizierten Berichte reine Übersetzungen der vorab auf Chinesisch veröffentlichten sind. Es bleibt kaum Raum für unabhängige, von der offiziellen Meinung abweichende Berichterstattung. Auch fehlt vielen Tibetern die Bildung, um offizielle Berichte zu interpretieren und kritisch einzuordnen. Diese Art von Indoktrination führt unter der tibetischen Bevölkerung zu einer resignativen Reaktion den Medien gegenüber. Selbst diejenigen, die Medien wie Tageszeitungen lesen bzw. Radio und Fernsehen empfangen könnten, verzichten häufig darauf, weil sie die Berichterstattung als Propaganda entlarvt haben. Eine Alternative sind Informationsquellen aus dem Ausland. Vor allem die (offiziell verbotenen) Radiosender „Radio Free Asia“ oder „Voice of America“, über die sich allein in China regelmäßig rund 50 Millionen Menschen informieren, senden vom Westen aus

alternative Berichte auch in tibetischer Sprache. Die Regierung kritisiert die ausländische Berichterstattung in China als Einmischung in interne Angelegenheiten und versucht immer wieder, die Radioprogramme zu stören. Die „Nationalen Richtlinien zu Radio und Fernsehen“ verbieten ausländische Investitionen oder Beteiligungen am chinesischen Sendebetrieb. „Reaktionäre Propaganda“ (wie Aussagen für die Unabhängigkeit Tibets) aus dem Ausland ist ebenso verboten wie die Veröffentlichung politischer Inhalte, die sich gegen die chinesische Verfassung, die „Integrität des Landes“ und die „ethnische Einheit“ wenden. Ausländische Journalisten können in Tibet nicht frei arbeiten. Sie benötigen eine Genehmigung vom Außenministerium der sog. Autonomen Region Tibet, und wenn diese erteilt wird, werden sie bei all ihren Aktivitäten von chinesischen Beamten begleitet.

Trotz dieser Maßnahmen ist die totale Kontrolle und Überwachung der unabhängigen Medien für die chinesische Führung kaum möglich. So greifen die Tibeter, sofern sie unabhängig informiert werden wollen, auf die

externe Berichterstattung zurück. Die Radiosender, aber auch der Internet-Zugang sind Hoffnungsträger Nummer eins für Menschen, die unabhängige Informationen suchen. In China gibt es derzeit 17 Millionen Internet-Nutzer. Das Internet ist staatlich schwer zu kontrollieren, obwohl China eifrig dabei ist, eine Internet-Polizei aufzubauen. Die Bereitstellung von Informationen, die als politisch brisant gelten, zum Beispiel über den Freiheitskampf der Tibeter, wird bestraft. Laut einem Gesetz, das im November 2000 erlassen wurde, brauchen Betreiber von Websites, die Nachrichten anbieten wollen, eine offizielle Genehmigung. Nur solche Nachrichten dürfen ins Netz gestellt werden, die auch von den staatlichen Medien verbreitet werden.

Alle Restriktionen auf dem Gebiet der Medien führen dazu, daß die Tibeter kein Forum haben, um ihre Ideen für die zukünftige Entwicklung ihres Landes zu diskutieren. So findet auch hier eine Marginalisierung der tibetischen Kultur statt, wie sie schon aus anderen gesellschaftlichen Bereichen bekannt ist.

Anja Oeck

Lhasa: Neue Maßnahmen gegen den Buddhismus

Die Behörden in Lhasa gehen seit Sommer 2000 noch schärfer gegen religiöse Aktivitäten vor. Nach Berichten des Tibet Information Network (TIN) handelt es sich um die schärfsten und weitreichendsten Maßnahmen der letzten Jahre. In Lhasa wurden Schüler angewiesen, während ihrer Ferien keine Tempel und Klöster zu besuchen, wie sie es gewöhnlich tun, um Gebete zu verrichten oder an religiösen Zeremonien teilzunehmen. Die Behörden drohten ihnen mit Ausschluß aus der Schule, wenn sie es doch täten. Tibetische Kader sollten sich religiöser Praktiken enthalten, andernfalls würden ihre Kinder aus der Schule ausgeschlossen. Berichten des „Tibetan Centre for Human Rights and Democracy“ (TCHRD) zufolge sahen sich tibetische Familien gezwungen, ihre Kinder, die sie zur Ausbildung nach Indien geschickt hatten, zurückzuholen, da sie sonst Gefahr liefen, ihre Arbeit zu verlieren. Außerdem hätten Sicherheitskräfte Häuser durchsucht, um Rollbilder, Fotos vom Dalai Lama und andere religiöse Utensilien zu konfiszieren. Einige religiöse Objekte hätten sie in den Fluß geworfen, um ein Exempel zu statuieren. Geldbußen mußten diejenigen bezahlen, bei denen Bilder vom Dalai Lama gefunden wurden.



Foto: Victor Strizhitski

Der Dschokhang ist einer der ältesten Tempel Tibets. Die Zahl der Mönche wird von den staatlichen Stellen immer weiter begrenzt.

Nach Einschätzung von TIN erreicht damit das Vorgehen gegen die Religion eine neue Qualität, denn bisher galt die Beschneidung der privaten Religionspraxis vor allem Regierungsangestellten und Parteimitgliedern. Nun aber sind auch ihre Familien und darüber hinaus gewöhnliche Tibeter im Visier, vor allem solche, die Geschäfte betreiben oder mit Ausländern arbeiten. Das scharfe Vorgehen scheint im Zusammenhang mit einem Dokument über die „Entwicklung der tibetischen Kultur“ zu stehen, das die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua am 22. Juni 2000 veröffentlichte. Darin wird betont, daß die Tibeter „religiö-

se Freiheit“ genießen würden, gleichzeitig wird vor „rückständigem Glauben“ und „Aberglauben“ gewarnt, der die wirtschaftliche Entwicklung unterminiere. Der tibetische Parteisekretär Chen Kuiyuan bezeichnete die Religion als „wesentliches Element der Zerstörung“ in der tibetischen Gesellschaft, da sie für „anti-chinesische Gefühle“ stehe.

Auch die Klöster sind wieder Ziel der Repressionen. So besteht offenbar bei den Behörden der Plan, die Zahl der Mönche und Nonnen in den Klöstern in und um Lhasa weiter zu verringern. Anfang Juli sollen einer Meldung

des Radiosenders „Voice of America“ zufolge 30 Mönche aus dem Dschokhang in Lhasa vertrieben worden sein. Die offizielle Quote für Mönche im Dschokhang, einem der ältesten Tempel Tibets, beträgt nun 120. Im August kündigten die Behörden in Lhasa darüber hinaus eine Kampagne in Schulen und Universitäten an. Ziel ist es, die Erziehung im Atheismus zu verstärken und den Einfluß des Dalai Lama zurückzudrängen. Bekämpft werden soll u.a. die Überzeugung, daß der Dalai Lama ein erleuchtetes Wesen ist. *bs*

Tibetische Kinder gefoltert



Tibet: Nicht einmal Kinder sind vor Folter sicher.

Tibetische Kinder ab dem Alter von sechs Jahren sollen von der chinesischen Polizei inhaftiert und gefoltert worden sein. Dies geht aus dem Bericht „The Fabric of fear: Children’s Rights in Tibet“ hervor, der im November 2000 vom „Internationalen Komitee der Anwälte für Tibet“ veröffentlicht wurde. Die Informationen stammen aus Gesprächen, die Anwälte und Psychologen mit aus Tibet geflohenen Kindern in Indien führten. Den Aussagen zufolge sollen die betroffenen Kinder geschlagen, mit Elektroschocks mißhandelt und an den Knien an der Decke der Gefängniszelle aufgehängt worden sein. In den Gefängnissen gebe es für die jüngsten Gefangenen kein Bett und keine Decken. Manchen würde Nahrung, Wasser, Schlaf und der Zugang zur Toilette entzogen. Einige hätten beobachtet, wie die Gefängniswärter erwachsene Häftlinge folterten. Nicht selten habe die Polizei die Eltern nicht über die Verhaftung in Kenntnis gesetzt. Keins der befragten Kinder habe Zugang zu einem Anwalt, und es wurde ihnen nicht gesagt, wie lange sie im Gefängnis bleiben müßten.

Dennis Cusack, Präsident der Anwaltsorganisation, sagte, die Befragung sei mit einer Gruppe von 57 Kindern beispielhaft für viele durchgeführt worden. 19 von ihnen seien inhaftiert und die Mehrzahl von diesen gefoltert worden. Kinder, die aus politischen Gründen festgenommen worden waren, hatten einen Aufkleber „Free Tibet“ bei sich, hatten das Wort „Unabhängigkeit“ an eine Mauer gemalt oder waren im Besitz eines Dalai Lama-Bildes; einige hatten versucht, aus Tibet zu fliehen und wurden dabei von der Polizei aufgegriffen. Die tibetischen Kinder stehen übrigens nicht allein. Amnesty International berichtete Ende November, daß seit 1997 in mehr als 50 Ländern Kinder gefoltert oder mißhandelt wurden.

Weiter beschäftigt sich der Bericht des Internationalen Komitees der Anwälte für Tibet mit der Bildung und Gesundheit tibetischer Kinder. Die Analphabetenrate liegt in ländlichen Gebieten bei 70 Prozent. Ungenügende finanzielle Ausstattung der Schulen, Mangel an qualifizierten Lehrern, Diskriminierung der tibetischen Sprache und Lehrer, lange Schulwege und hohe Gebühren sind wesentliche Gründe für die schlechte Bildung. Nach der 6. Klasse müssen die Schüler ihre Prüfungen in chinesischer Sprache ablegen. Da viele bei den Tests durchfallen, können sie keine höhere Schule besuchen. Fast alle Kinder berichteten, sie wären von der Schule geflogen, wenn sie über den Dalai Lama gesprochen hätten. Einige gaben an, von den überwiegend chinesischen Lehrern geschlagen worden zu sein. Was die gesundheitliche Situation betrifft, so profitieren tibetische Kinder nicht von der in China allgemein erzielten Verbesserung. Selbst im Vergleich mit anderen unterentwickelten Ländern schneidet Tibet, mit Ausnahme Südasiens, am schlechtesten ab. Mangelnde Ernährung, ungenießbares Wasser und fehlender Zugang zu ärztlicher Behandlung sind eine wesentliche Ursache für Krankheiten und körperliche Schwäche. Ein Arztbesuch mit einer minimalen Behandlung verschlingt nicht selten einen Arbeitslohn von zwei Wochen. *bs*

Ölförderung auf dem Dach der Welt

Westliche Firmen unterstützen China bei der Ausbeutung der Öl- und Erdgasvorkommen in Tibet. BP Amoco, Agip und Enron sind in den Bau der Sebei-Lanzhou-Gas-Pipeline involviert, der ohne westliches Kapital vermutlich nicht realisiert werden könnte. Die rund 950 Kilometer lange Pipeline, die von Sebei/Amdo nach Lanzhou/Gansu verlaufen soll, wird von PetroChina, einem Zweig der staatlichen „China National Petroleum Corporation“ (CNPC), gebaut. Baubeginn war Mai 2000; im Oktober 2001 soll die Pipeline fertig sein und Brennstoffe nach China liefern. Die International Campaign for Tibet (ICT) sieht mit diesem Projekt bestätigt, daß Peking das Dach der Welt als Ressourcenlieferanten mißbraucht, was auch eine Aussage des chinesischen Vizepräsidenten Hu Jintao bestätigt. Dieser schwärmte im Juli: „Mit reichen natürlichen Ressourcen, vergleichsweise niedrigen Kosten, einem riesigen Marktpotential, einer industriellen Infrastruktur und technologischer Stärke wird die weite westliche Region Chinas der neue Favorit der ausländischen Investoren werden.“

In Qinghai (Amdo) wurde die Ölförderung im letzten Jahr um 6,4 Prozent angekurbelt, die Gasproduktion um 4.4 Prozent. Zur weiteren Erschließung wird ausländisches Kapital und Technologie benötigt. So entschlossen sich der italienische Ölkonzern Agip und Enron Ende Mai 2000 zu einer Kooperation mit CNPC. BP Amoco hat zwar seine direkte Beteiligung am Bau der Pipeline wieder abgesagt, ist jedoch größter ausländischer Anteilseigner von PetroChina. Die Sebei-Gasfelder befinden sich in einem sehr abgelegenen Gebiet am Rande des Tsaidam-Beckens in Amdo. Schon in den 50er Jahren wollte China hier Ressourcen erschließen, ein Vorhaben, das jedoch aufgrund der mangelnden Infrastruktur und weiten Entfernung nur auf kleiner Flamme betrieben wurde. Nun greift China das ambitionöse Projekt mit westlicher Unterstützung wieder auf. Kritiker werfen der Regierung vor, daß der neue Vorstoß rein politisch motiviert sei. Dabei gehe es darum, die chinesische Kontrolle über Amdo abzusichern und Tibet in eine Kolonie Chinas zu verwandeln. Keinesfalls hätten die Tibeter davon irgendwelche Vorteile. Im Gegenteil: Durch den Ausbau der Infrastruktur würde der Weg frei für eine weitere Ansiedlung von Chinesen. Die kapitalintensiven Öl- und Gasprojekte bedrohten die traditionelle lokale Kultur und zerstörten die Umwelt, wie auch in anderen Regionen der Welt zu beobachten ist. Solche Mammutprojekte veränderten die soziale, politische und kulturelle Landschaft, heißt es aus Tibet-Kreisen. Die tibetische Regierung im Exil fordert die beteiligten Firmen Agip, BP und Enron deshalb auf, ihre Investitionen zurückzuziehen und den Bau der Sebei-Lanzhou-Pipeline nicht weiter zu unterstützen. *bs*

AKTION FÜR NGAWANG SANGDRÖL: MACHEN SIE MIT!

Die tibetische Nonne Ngawang Sangdröl (23) ist seit ihrem 13. Lebensjahr in Lhasa inhaftiert (Tibet und Buddhismus, Heft 54), weil sie sich für die Unabhängigkeit Tibets engagierte. Amnesty International hat sie als Gewissensgefange-ne anerkannt und setzt sich in einer Aktion für ihre Freilassung ein. Amnesty ist besorgt über die entsetzlichen Haftbedingungen, denen die Nonnen ausgesetzt ist. Bitte beteiligen Sie sich an der Aktion für Ngawang Sangdröl, indem sie den Brief unterschreiben und abschicken, der dieser Zeitschrift beigelegt ist.

Aufgeschnappt

- **Resolution:** Das Europäische Parlament verabschiedete Anfang Juli 2000 eine für die Tibeter wichtige Resolution zu Tibet. Darin wird erwogen, die tibetische Exilregierung politisch anzuerkennen, wenn China nicht innerhalb der nächsten drei Jahre eine Vereinbarung mit den Tibetern trifft, daß diesen in allen Angelegenheiten außer in der Verteidigungs- und Außenpolitik volle Autonomie gewährt wird.
- **Wahlen:** Die Tibeter im Exil werden in den nächsten Monaten aufgerufen, ihr Parlament neu zu wählen. Von 46 Parlamentariern werden 43 gewählt und drei vom Dalai Lama bestimmt. Die 43 setzen sich wie folgt zusammen: Jeweils 10 kommen aus den drei Provinzen U-tsang, Kham und Amdo, jeweils 2 vertreten die vier Schulen des tibetischen Buddhismus und die Bön-Tradition, 2 repräsentieren die Tibeter in Europa und 1 die in Amerika.
- **Ozonloch:** Die Ozonschicht verdünnt sich über Tibet schneller als in anderen Gebieten der Region, wie tibetische und norwegische Wissenschaftler jetzt herausfanden. Besonders in den Sommermonaten ist der vor den aggressiven Strahlen schützende Ozonmantel sehr dünn.
- **Rekord:** Im Guinness-Buch der Rekorde landete die Tibet Initiative Deutschland mit ihrer Aktion in Bonn am 19./20. Juni 1999: Sie hatte 12.000 Kerzen auf dem Rhein schwimmen lassen – im Gedenken an die 1,2 Millionen Tiber, die unter chinesischer Herrschaft ums Leben kamen.
- **Freiheit für Tibet:** Die Demonstration zum 10. März 2001 anlässlich des 42. Jahrestages des tibetischen Volksaufstandes wird in Wien stattfinden.